



home & care

Hinweise, Nachrichten und Hintergründe zur Asylpolitik

Ausgabe Juli/August 2018

UNHCR: 68,5 Millionen Flüchtlinge weltweit

Rund 68,5 Millionen Menschen waren Ende vergangenen Jahres auf der Flucht. Das geht aus der jüngst veröffentlichten Jahresstudie „Global Trends“ des UN-Flüchtlingshilfswerks (UNHCR) hervor. Danach wuchs die Anzahl der Flüchtlinge um fast drei Millionen im Vergleich zum Ende des Vorjahres (65,6 Millionen). Die Zahl 68,5 Millionen bedeute, dass es derzeit mehr Flüchtlinge gebe, als Frankreich oder England Einwohner haben, verdeutlichte die UN-Organisation. Somit sei jeder 110. Mensch auf der Erde auf der Flucht.

Als Hauptursachen für den „dramatischen Anstieg“ nennt die Studie die Krisen im Südsudan, im Kongo und die Flucht von über 670.000 Rohingya aus Myanmar nach Bangladesch. Zwei Drittel der Flüchtlinge kommen demnach aus nur fünf Ländern: Syrien, Afghanistan, Südsudan, Myanmar und Somalia.

Die Studie „Global Trends“ stellt darüber hinaus fest, dass die große Mehrheit der Flüchtlinge nicht in den reicheren Industrieländern des Nordens, sondern hauptsächlich von armen Ländern aufgenommen wird. Dort leben demnach 85 Prozent der Geflüchteten.



Erneut deutlich weniger Asylbewerber in der EU

Die Zahl der Asylsuchenden in Europa hat weiter abgenommen. Nach Angaben des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) in Brüssel wurden im Zeitraum Januar bis April 2018 rund 197.000 Asylsuchende registriert. Die Funke-Mediengruppe wiederum berichtet mit Bezug auf „vorläufige Zahlen aus Brüssel“ von 176.000 Menschen, die in der EU Schutz suchten. Das entspreche einem Rückgang von rund 20 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum, heißt es. Die Zahlen seien jedoch höher als 2014 vor dem Beginn der Flüchtlingskrise, gab die EU-Behörde bekannt. Die wichtigsten Herkunftsländer der Asylsuchenden waren demnach auch 2018 Syrien, der Irak und Afghanistan.

4 Prozent der erwerbsfähigen EU-Bürger wohnen in einem anderen EU-Mitgliedsstaat

Knapp 4 Prozent der EU-Bürger im erwerbsfähigen Alter von 20-64 Jahren haben im vergangenen Jahr in einem anderen EU-Mitgliedsstaat als dem ihrer Staatsangehörigkeit gelebt. Wie die EU-Statistikbehörde (Eurostat) jetzt weiter mitteilte, lag dieser Anteil vor zehn Jahren noch bei 2,5 Prozent. Nach den Erhebungen der Statistiker variiert der Anteil dieser EU-Bürger in den einzelnen Mitgliedsstaaten von 1,0 Prozent in Deutschland bis zu 19,7 Prozent in Rumänien.

Laut Eurostat sind Hochschulabsolventen in der Regel mobiler als die übrige Bevölkerung: Denn 32,4 Prozent der mobilen EU-Bürger besitzen demnach einen Hochschulabschluss. Gemessen an der gesamten EU-Bevölkerung beträgt dieser Anteil nur 30,1 Prozent.

Studie: Kunst verbindet – aber Kultureinrichtungen müssen sich weiter öffnen

„Es gibt viele Wege, auf denen sich Menschen begegnen können. Ein wesentliches Element ist die Kunst – allen voran die Musik. Sie führt Menschen aufeinander zu, bringt sie in Kontakt und hilft so, mit Unterschieden umzugehen, Konflikte zu bewältigen und Trennendes zu überwinden. Film, Theater, Literatur, die bildende Kunst, aber vor allen Dingen die Musik: Sie alle können eine gemeinsame Sprache schaffen und ein Bindeglied zwischen Menschen sein“. Dies erklärt die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann Stiftung, Liz Mohn, in ihrem Vorwort zu einer aktuellen Studie der Organisation zum Thema „Kunst in der Einwanderungsgesellschaft“. Darin wurde untersucht, welche Beiträge die Kunst für ein Zusammenleben in Vielfalt leisten kann, inwieweit diese Möglichkeiten hierzulande wahrgenommen werden und wo es Verbesserungsbedarf gibt.

Um es vorwegzunehmen: Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Kunst und Kultur ein großes Potenzial als Vermittler in einer Einwanderungsgesellschaft aufweisen. Sie können Menschen in einer vielfältigen Gesellschaft näher zusammenbringen. Dies bezeichnet Mohn als „die verbindende Kraft der Kunst“. Interkulturelle Kunst-, Film-, Theater und Literaturprojekte setzten oft wesentliche Impulse zur gegenseitigen Verständigung, heißt es in der Analyse. Gleichzeitig weisen deren Verfasser aber auch darauf hin, dass gemeinsame Kunst- und Kulturprojekte keine Lösung für Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit sein können. Doch Kunst und Kultur hätten Beispielcharakter, betonen die Forscher. Denn solche Vorhaben setzen auf Begegnung und Verständigung von Menschen verschiedener Herkunft, begründen die Verfasser der Studie ihre Ansicht. Dabei werde auch das Ziel verfolgt, langfristig ein Bewusstsein für Deutschland als Einwanderungsland zu schaffen.

Dazu weisen die Autoren in der Untersuchung darauf hin, dass Deutschland das Land mit den drittmeisten Einwanderern weltweit ist. Hier leben Menschen aus rund 200 Nationen, so die Studie. Das bedeutet: Viele Menschen hierzulande sind nicht nur unterschiedlicher Herkunft, sondern



1-stock: DigiPubFlickr

haben auch unterschiedliche kulturelle Prägungen und Traditionen. Somit ist Deutschland geprägt von vielfältigen Einflüssen, die im Laufe der Geschichte in unser Land gekommen sind. Die Autorinnen, Burcu Dogramaci und Barbara Haack, sehen in dieser kulturellen Vielfalt eine Bereicherung.

Sie haben die Rolle der Künste für das Zusammenleben in Vielfalt in der Studie anhand von zwölf ausgewählten Fallbeispielen untersucht. Die zwölf Musterfälle stellten unterschiedliche Herangehensweisen, Voraussetzungen, Ziele und Zielgruppen in einem breiten Spektrum dar, heißt es in der Studie. Jedes Beispiel ist demnach eine Art „Nukleus“,

aus dem heraus sich eigene Ideen und Erfahrungen entwickeln konnten. Wenn die Beispiele auch nicht eins zu eins wiederhol- oder nachahmbar sind, seien sie dennoch jedes für sich eine Art Modellprojekt, betonen die Verfasser.

Zu den ausgewählten Projekten gehören unter anderem die 15-köpfige Musikgruppe „Banda Internationale“ aus Dresden, die sich gegen Rassismus engagiert, das Projekt „Selam Opera“ der Komischen Oper Berlin, das klassische Musik auch Nicht-Oper-Besuchern näherbringen will, das europäisch-arabische Tanznetzwerk „Heroes“ und der Internet-Blog „Migrantenstadt“. Bei allen zwölf Beispielen hinterfragten die Autoren der Studie nach eigenen Angaben, „welche Bedeutung künstlerische und kulturelle Projekte als kulturelle Ressource für das Zusammenleben in unserer vielfältigen Einwanderungsgesellschaft haben, inwieweit sie also dazu beitragen können, unsere Gesellschaft der kulturellen Vielfalt zusammenleben und -wachsen zu lassen“.

Die Studie belegt demnach, dass sich aus den vielfältigen Einflüssen von außen, die Deutschland im Laufe seiner Geschichte geprägt haben, zahlreiche inhaltliche Chancen für den Kulturbetrieb ergeben. Es komme darauf an, die politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen, die mit Migration, Integration und Vielfalt verbunden sind, im Repertoire abzubilden, betonen die Autoren und stellen dazu fest: „Mehr Mut zu Vielfalt lohnt sich: für die Kultureinrichtungen, für das Publikum und vor allem für die Gesellschaft“, so Kai Unzicker, Experte für gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung, mit Blick auf die Erfahrungen aus den Fallstudien. Auch der etablierte Kulturbetrieb und sein Publikum müssten sich weiter öffnen, fordert Sozialwissenschaftler Unzicker. In diesem Sinne sollten aus seiner Sicht etwa Ensembles vielfältiger besetzt werden.

Damit Kultureinrichtungen sich jedoch auf die Bedingungen einer Einwanderungsgesellschaft einlassen können, bedarf es passender Strukturen und Rahmenbedingungen, erklärt die Leiterin des Fachbereichs Kultur der Deutschen UNESCO-Kommission, Christine M. Merkel. Für sie macht die Studie deutlich, wie wichtig solide Strukturen und eine systematische Förderung vielfältiger Projekte, Akteure und Möglichkeiten kultureller Teilhabe sind. Kultur-Einrichtungen brauchten langfristig Förderung und Planungssicherheit, betont Merkel.

Die gemeinsame Studie mit der deutschen UNESCO-Kommission mache die integrative Kraft der Kunst deutlich, fasst Bertelsmann Stiftungs-Vorstand Liz Mohn zusammen: „Kunst habe immer wieder verstört und provoziert, inspiriert und aufgerüttelt, aber auch verbunden und gemeinsame Werte symbolisiert.“

Kernaussagen der Studie „Kunst in der Einwanderungsgesellschaft“:

- ★ Kunst und Kultur haben ein großes Potenzial als Vermittler in einer Einwanderungsgesellschaft.
- ★ Kulturelle Vielfalt ist eine Bereicherung für Deutschland. Daraus ergeben sich zahlreiche inhaltliche Chancen für den Kulturbetrieb hierzulande.
- ★ Es gibt viele gute Beispiele der künstlerischen Auseinandersetzung mit der Einwanderungsgesellschaft in Deutschland.
- ★ Die zwölf in der Studie untersuchten Fallbeispiele machen deutlich, welches Potenzial in der künstlerischen Auseinandersetzung für eine Einwanderungsgesellschaft liegt. Sie zeigen, dass Bund, Länder und Kommunen über zahlreiche Handlungsmöglichkeiten und Ansatzpunkte verfügen, um durch gezielte Kulturpolitik das Zusammenleben in Vielfalt zu fördern.

Zentrale Empfehlungen der Studie:

- ★ Es lohnt sich, das vorhandene interkulturelle Angebot der öffentlich geförderten Kunst- und Kultureinrichtungen weiter auszubauen und erfolgreiche Angebote zu verstetigen.
- ★ Es gilt, Ressourcen zur Förderung künstlerischer Kompetenz und Selbstorganisation bereitzustellen, um die Zugangshürden für Künstler mit Migrationshintergrund abzubauen.
- ★ Langfristig angelegte Förderstrukturen sind die Basis für die Umsetzung innovativer Projekte.

Die Studie „Kunst in der Einwanderungsgesellschaft“ ist Teil der Aktivitäten des diesjährigen Reinhard Mohn Preises „Vielfalt leben – Gesellschaft gestalten“ der Bertelsmann Stiftung.

Arbeitsmarkt: Muslimische und dunkelhäutige Bewerber werden öfter diskriminiert

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt sind Bewerber mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Bewerbern ohne Migrationshintergrund benachteiligt, so eine Studie des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Dabei variiert das Ausmaß der Diskriminierung deutlich zwischen Herkunftsgruppen: Bewerber mit Migrationshintergrund in West- und Südeuropa sowie Ostasien werden weniger diskriminiert, während andere Herkunftsgruppen größere Nachteile erfahren. Insbesondere Bewerber mit dunkler Hautfarbe und mit muslimischer Religion erleben deutliche Diskriminierung.

Für ihre Untersuchung versendeten die Autoren Tausende Bewerbungen von fiktiven Personen an reale Stellenausschreibungen in acht Berufen im gesamten Bundesgebiet. Die fiktiven Bewerber waren deutsche Staatsbür-



istock: LarabBelova

ger mit Eltern, die entweder aus Deutschland oder einem von 34 anderen Ländern stammten. Weiterhin unterschieden sich die vermeintlichen Bewerber in ihrem Erscheinungsbild – dunkelhäutig, weiß oder asiatisch – sowie in ihrer Religionszugehörigkeit – keine Religion, christlich, muslimisch oder buddhistisch/hinduistisch. Auch das Geschlecht und der Notendurchschnitt variierten.

Bei gleicher Qualifikation bekamen 60 Prozent aller Bewerber ohne Migrationshintergrund eine positive Rückmeldung. In der Gruppe der Bewerber mit Migrationshintergrund war dies nur bei 51 Prozent der Fall. Für die ethnische Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt macht WZB-Migrationsforscher Ruud Koopmans vor allem eine kulturelle Wertedistanz zwischen Herkunftsländern und Deutschland verantwortlich.

Museumsbund veröffentlicht Leitfaden zum Umgang mit Exponaten kolonialer Herkunft

Der Deutsche Museumsbund hat einen Leitfaden für den Umgang mit Exponaten aus der Kolonialzeit herausgegeben. Auch in deutschen Museen finden sich nämlich Exponate, die während der Kolonialzeit zwischen dem 17. und 20. Jahrhundert aus den europäischen Kolonien entwendet wurden. Der neue Leitfaden solle zum einen die kritische Auseinandersetzung mit dem Thema „koloniale Raubkunst“ fördern und zur Sensibilisierung von Politik und Öffentlichkeit für das Thema „Sammlungsgut aus kolonialen Kontexten“ beitragen, teilte der Museumsbund mit. Zum anderen soll der Leitfaden Hilfestellung bei der musealen Arbeit sowie bei Rückgabeforderungen geben. Bislang existierte kein solches Instrument.

Dabei werden insbesondere ethnologische Museen seit einigen Jahren zunehmend aufgefordert, sich ihrer kolonialen Vergangenheit zu stellen. Auch aus dem außereuropäischen Ausland werden immer mehr Fragen an den Sammlungsbestand von Museen hierzulande laut. Den neuen Leitfaden zu diesem Thema will der Deutsche Museumsbund als einen ersten Standpunkt verstanden wissen. Er stelle nicht den Abschluss einer Diskussion dar, sondern vielmehr eine erste Positionierung, betont der Verband.

IMPRESSUM

Vi.S.d.P.: Prof. Dr. Klaus Kocks

STIFTUNG SOZIALE DIENSTE
Alfredstraße 234
45133 Essen
DEUTSCHLAND
public.service@mailtrack.de

Eine Initiative der
European Homecare GmbH
Alfredstraße 234
45133 Essen



Stiftung
Soziale Dienste